

## Trumps Triumph



Sister March: Auch in Frankfurt gingen zahlreiche Demonstrant\*innen auf die Straße. (Foto: Feminismus im Pott)

**Donald Trump ist neuer Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und Millionen Menschen weltweit zieht es auf die Straßen. Sie protestieren gegen Rassismus und Sexismus. „The rise of the woman = the rise of the nation“ war eine der Botschaften des Women’s March on Washington am vergangenen Samstag. Wie Trumps Wahlsieg zu erklären ist und was das Ergebnis für die Zukunft zu bedeuten hat, behandelte Ingar Soltý, Sozialwissenschaftler und Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung, am Mittwoch, 18. Januar, in seinem Vortrag „Trumps Triumph“ im Düsseldorfer zakk.**

Warum, ja warum Trump? Das liegt für den Referenten Soltý auch an einer nicht überzeugenden Gegenkandidatin: Clinton habe auf die Unterstützung der gesamten ökonomischen, politischen und imperialistischen Elite zählen können, während Trump Gegenwind aus der eigenen Partei zu spüren bekam. Dieser gipfelte darin, dass 50 ranghohe Republikaner\*innen in einem offenen Brief Trump als eine Gefahr für die nationale Sicherheit eingestuft hätten. Soltý gibt zu, Beobachter\*innen – so auch er selbst – hätten die „tiefe, politische Krise“ sowie die Stärke des „Anti-Establishments“ unterschätzt. Man müsse sich fragen, woher Wut und Unzufriedenheit kommen und wie jemand, „der so offen radau-sexistisch, radau-rassistisch, radau-verschwörungstheoretisch“ ist, „zum Präsidenten des mächtigsten Staates der Erde wurde“. Soltý sieht hier vor allem die Ungleichheitsentwicklung im Bezug auf den Arbeitsmarkt und die Lohnentwick-

lung seit 2007 ausschlaggebend. Eine Studie der US-Notenbank belege: Von allen verlorenen Jobs, seit Beginn der Krise, lägen 22 Prozent im Niedriglohnbereich; von allen neu entstandenen Jobs unter Obama hingegen 58 Prozent. Generell sei aber auch in Krisenzeiten oftmals ein Aufstieg der Rechten zu beobachten. Obwohl Clinton das popular vote für sich gewinnen konnte, verlor sie im Vergleich zu Obama an Stimmen, während Trump kaum mehr Stimmen als sein Vorgänger gewinnen konnte.

Soltý argumentiert, es handle sich um „einen politischen Rechtsruck, aber nicht unbedingt einen gesellschaftlichen“ und kritisiert zudem die Entscheidung der Demokrat\*innen, Clinton als Kandidatin aufgestellt zu haben. „Hätten die Demokraten nicht alles getan, um Bernie Sanders als Kandidaten zu verhindern, dann würden wir heute über die USA ganz anders reden, dann würden wir über Bernie Sanders als Präsident der USA reden“, ist sich Soltý sicher. Man würde über einen linken Aufschwung sprechen. Solche Aussagen sind allerdings schwer zu belegen. Ein Blick in die Glaskugel und was-wäre-wenn-Reden helfen nicht bei der Analyse politischer Verhältnisse.

### Beginn einer neuen Menschenrechtsbewegung?

Bis heute sei Sanders der beliebteste Politiker der USA, so Soltý, Trump und Clinton die unbeliebtesten Kandidat\*innen seit Jahren gewesen. Trotz allem sei die Wahl aber keine für Rassismus und Sexismus, sondern viel mehr eine Wahl gegen das Establishment gewesen. Wenn es auch sicherlich viele Protestwähler\*innen gegeben hat, so darf man aber nicht außer Acht lassen, dass sich viele Bürger\*innen bewusst für Trump entschieden haben und seine sexistischen sowie rassistischen Äußerungen billigten beziehungsweise aktiv unterstützen.

Die massiven Proteste am vergangenen Samstag in den USA zeigen jedoch wie stark der Widerstand im Land ist und dass die Menschen trotz Trumps Sieg, sich lautstark gegen deren Ansichten wehren. Solidarität bekommen sie von zahlreichen Demonstrant\*innen weltweit. Wiederholt wird vor allem in den Sozialen Medien von einer neuen Menschenrechtsbewegung gesprochen. Madonna ruft in Washington aus: „Die Revolution beginnt jetzt!“, gegenüber der *Zeit* äußerte sich eine der Protestierenden: „Ich will hier Geschichte schreiben. Frauenrechte liegen mir sehr am Herzen. Das ist Teil meiner DNA, das ist Teil meiner Generation.“

### Trumps Programm ist Trump

Trump sei besonders durch seine Kritik an der US-Außenpolitik und Freihandel aufgefallen. Es sei fraglich, dass sich hier eine Änderung des bisherigen Kurses einstelle. „Trump kann diese Position nur durchsetzen mit einer Massenbasis außerhalb des Parlaments“, betont Soltý. Für ihn sei Trump ein

### Neuer Studierendenvertretung



Nach langen Verhandlungen hat sich eine AStA-Koalition gebildet – außer GHG, LiLi und Jusos sind alle dabei.

Seite 3

### Neue Gesellschaft



Die Vorstellung von Arbeit und Entlohnung verändern - das ist das Ziel der Care Revolution. Mehr auf Seite 6

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Narzisst, „wie er im Buche stehe“. Er sei nur an dem Amt interessiert, weniger an dessen Ausübung. „Das politische Programm von Donald Trump ist Donald Trump“, so Soltýs These. Man könne damit rechnen, dass Trump in vielem „eingehegt“ werde, dort aber, wo er keinen starken Gegenwind bekommen wird, werde es eine harte, rechte Politik geben.

Wenn auch das Wahlergebnis ein Weckruf in Deutschland gewesen sei, so könne man trotzdem keine Entwarnung geben. „Was in den USA passiert, beflügelt die Rechte hier“, führt Soltý weiter aus. Man müsse nun die eigene Politik reflektieren und hinterfragen, wie es zu so einem Umschwung kommen konnte sowie der Rechten mit Argumenten und Gegenprojekten entgegen treten. Moral, Toleranz und Antidiskriminierung reichten nicht aus. In den USA werde Sanders nun Kopf der Opposition sein, während Clinton beziehungsweise das bisherige Establishment und Trump versuchen würden, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, meint Soltý und schließt seinen Vortrag damit ab, dass man linke Antworten finden müsse. Die Organisatorinnen des Women’s March wollen indes eine neue Kampagne starten. Sie propagieren: „Zehn Aktionen für die ersten 100 Tage“. [caro]

# Mehr Einfluss durch Studierende

## Kommentar

### EMMA und die Denkverbote

Ein Kommentar von Maren Wenzel

„Die #Hetzfeministinnen, pardon: #Netzfeministinnen. Sie haben nichts zu sagen, aber verbieten anderen den Mund“ – twittert die Zeitschrift *EMMA*, um den neuen, den großen Wurf zu verkaufen. Einen Artikel mit dem Titel *Berliner Szene: Die Hetzfeministinnen*. Ring frei: in der einen Ecke die konservativen Feministinnen um Alice Schwarzer, in der anderen die konstruierten Netzfeministinnen™. *EMMA* gegen das *Missy Magazine*, das Blog *Mädchenmannschaft*, die #ausnahmslos und #aufschrei-Kampagnen und die queere Rapperin Sookee. Für eine Runde Popcorn beim Scrollen der Reaktionen auf Twitter reicht der Beitrag. Aber für mehr eben auch nicht.

*EMMA* macht den Rundumschlag. Netzfeministinnen™ würden andere einschüchtern: Mit ihrer angeblich exklusiven Sprache (Gendern, Triggerwarnungen), Machtbündnissen in Berlin und ihrer moralischen Überlegenheit, Tribunalen sowie Rassismus-Vorwürfen. Und sie seien „Pro Prostitution“, gar „Pro Burka“ und biederten sich damit dem ideologischen Islam an. Alles in einen Topf. Das ist die Abrechnung, *EMMA*-Style.

Dabei gibt es gute Gründe, die oben stehenden feministischen Strömungen zu kritisieren. Vor allem die Kampagne #ausnahmslos, zum Beispiel für Bündnisse mit Antisemit\*innen (akduell berichtete). Und eben auch ihren Umgang mit Feminist\*innen, die das kritisieren. Die Chance hat *EMMA* aber gründlich verpasst, indem sie von „der Rigidität und dem Terror dieser Politisch Korrekten?!“ sowie von einer „schwer fassbare[n] Armee anonymer Gesinnungspolizist\*innen“ und von „Denkverboten“ schreibt. Man könnte denken, hier wurden fleißig Schlagzeilen des rechten Blogs *PI-News* abgetippt.

Schulter an Schulter mit rechter Denke gegen den Feminismus. Aber eben den Feminismus der Anderen™. Diese Bewegung, sie ist und bleibt eben heterogen. Eigentlich, ja eigentlich sollte es doch darum gehen, für eine gerechte und lebenswerte Welt zu kämpfen. Wie das ohne Selbstkritik und mit rechtem Sprech gehen soll, damit kann sich *EMMA* ja im nächsten viralen Artikel beschäftigen. Es ist noch Popcorn da.



KLSW: Das erste Mal wurde ein Studierender zum Vorsitz gewählt. (Foto: mac)

**Die Universität sollte ein Ort sein, an dem sich sowohl Lehrende als auch Lernende wohl fühlen. Die Kommission für Lehre, Studium und Weiterbildung (KLSW) setzt sich unter anderem genau dafür ein. Mit Marcus Lamprecht (Grüne Hochschulgruppe) ist nun zum ersten Mal ein Mitglied der Studierendenschaft im Vorstand der Kommission.**

Verbesserte Studienbedingungen – das ist das Ziel der KLSW: Förderung von Kooperationen in der Lehre, Steigerung der Attraktivität der Universität und Grundsätze der Prüfungsordnung, Studienpläne oder der Lehrevaluation gehören unter anderem zu den Tätigkeitsbereichen. „Die Kommissionen machen in vielen Bereichen die inhaltliche Vorarbeit für die universitären Gremien, wie den Senat. Die Arbeit ist sehr wichtig, weil die KLSW das demokratisch legitimierte Gremium ist, das sich zu Studium und Lehre äußern kann“, erklärt der neue Vorstand Marcus Lamprecht.

Durch eine Änderung der Grundordnung stellen Studierende nun die Hälfte der Mitglieder in der Kommission, woraus sich laut Lamprechts Meinung auch ein Anspruch ableite, den Vorsitz zu stellen. Die Kommission setzt sich aus sechs Studierenden, vier Hochschullehrer\*innen, zwei akademischen Mitarbeiter\*innen und einem Mitarbeiter des Justitiariats zusammen. Durch die stärkere Position der Studierendenschaft wurde nun erstmalig ein Student an die Spitze der KLSW gewählt. Außerdem sollen durch die größere Anzahl an Studierenden auch weitere Themenfelder in die KLSW eingebracht werden. Dabei geht es neben einer zukünftigen Stellungnahme zur steigenden Studienfinanzierung auch um den Umgang mit Veranstaltungen. „Dafür würden wir gerne an einer grundsätzlichen Positionierung in diesem Spannungsfeld arbeiten, um idealerweise definieren zu können, was als Meinungsäußerung gelten kann und was potenziell Hetze darstellt“, erklärt Lamprecht und nennt als Beispiel den Vortrag eines Leugners des Genozids an den Armenier\*innen an der Universität Duisburg-Essen im vergangenen Jahr (akduell berichtete).

Als Vorstand schlägt Lamprecht nun in Absprache mit seinem stellvertretenden Vorsitzenden aus der Professor\*innenschaft, Erwin Amann, die Tagesordnungspunkte auf den Sitzungen vor, die allerdings von der gesamten Kommission beschlossen werden müssen. Die ist für die Absprache mit anderen Gremien zuständig und bringt dort die Sichtweise und Standpunkte der KLSW ein.

Neben der Absprache sei auch die konkrete Umsetzung der Zusammenarbeit mit anderen Kommissionen der Universität ein zentrales Thema. Vor allem ein stärkerer Einbezug der Studierendenschaft sei ihm dabei wichtig. Das betreffe sowohl die Kommunikation von Informationen, zum Beispiel Berichte über die Arbeit gegenüber dem Studierendenparlament als auch die Berücksichtigung von Informationen aus der Studierendenschaft, wie zum Beispiel Ergebnisse der Fachschaftenkonferenzen.

Für die vergangene Amtsperiode zieht Lamprecht ein gemischtes Fazit. Zwar sei sehr lösungsorientiert von allen Statusgruppen miteinander gearbeitet worden, leider hätten jedoch wenige Sitzungen stattgefunden. „Wir mussten dann unter relativem Zeitdruck die Rahmenprüfungsordnung behandeln und konnten viele andere Fragestellungen gar nicht thematisieren“, erklärt Lamprecht. Für die neue Amtszeit habe man sich deswegen vorgenommen, Sitzungen in monatlichem Turnus abzuhalten. Momentan gehe es in der Kommission unter anderem um die Sicherheitslage auf dem Campus. Hier setze man sich klar für eine progressive Lösung ein. „Das heißt konkret, dass wir keine verstärkte Überwachung und Verdrängungsmechanismen befördern wollen“, so Lamprecht. Auch der Übergang vom Bachelor in den Master und von Lehramtsstudiengängen zu Nicht-Lehramtsstudiengängen soll verbessert werden.

Dabei wolle man auch eigene Initiativen an den Start bringen und den Meinungsbildungsprozess der Kommission transparent gestalten. „Ich möchte, dass die Kommission sich als starker inhaltlicher Akteur im Bereich des Studiums, der Lehre und der Weiterbildung etabliert und so Einfluss auf deren Bedingungen nehmen kann“, sagt Lamprecht. [dav]



# AStA-Wechsel an der UDE

Nach 14 Stunden Sitzung des Studierendenparlamentes (StuPa) stand am Freitag, 20. Januar, um 8.30 Uhr auf dem Duisburger Campus fest: Die Universität hat eine neue Allgemeine Studierendenvertretung (AStA). Die bisherige Koalition aus Grüner Hochschulgruppe (GHG), Linker Liste (LiLi) und den SPD-nahen Jusos wird abgelöst von allen anderen Listen im Parlament.

Jetzt vertreten Mitglieder von der Internationalen Liste (IL), die für eine bisher für sie vernachlässigte migrantische Perspektive im Studierendenparlament stehen, den fachschaftsnahen Antihelden, den parteiübergreifenden Unabhängigen Demokraten (UD), dem CDU-nahen Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und der FDP-nahen Liberalen Hochschulgruppe (LHG) die Studierenden im AStA der UDE. Über vier Jahre hatte es eine linke Studierendenvertretung gegeben – jetzt sitzen neue Gesichter und langjährige Oppositionsmitglieder aus dem StuPa in den Referaten.

Bis zur Sitzung war nicht öffentlich gemacht worden, dass es einen neuen AStA geben würde. Auf der Sitzung wurde beim Punkt Wahlen der neuen Vertretung aber schnell klar: Eine Koalition war gefunden. Im Januar hatten die fünf Listen, die nun den AStA tragen, einen Koalitionsvertrag ausgearbeitet.

## Vorsitz aus IL, UD, Antihelden und RCDS

Die 24 Posten im AStA wurden nach den Mehrheiten, die die einzelnen Koalitionslisten im StuPa erhalten hatten, vergeben. Den Vorsitz teilen sich Nadine Bendahou (IL) und Gerrit Tapper (UD), stellvertretend wurden Katharina Herbrich (Antihelden) und Christian Weidkamp (RCDS) eingesetzt. Das Kulturreferat wurde durch die neue Koalition um zwei Stellen gekürzt und dafür zwei weitere Stellen im neu umbenannten Referat für Mobilität & Ökologie geschaffen. Dort wolle man künftig mehr an den Themen Gesundheit, Sport und Parkplätzen arbeiten. Die Referate für Öffentlichkeitsarbeit, Sozialpolitik, Hochschulpolitik und Finanzen wurden nicht gekürzt oder vergrößert. Eine Liste der neuen Referent\*innen ist in der Online-Version dieses Artikels auf [www.akduell.de](http://www.akduell.de) einsehbar.

Neben den Antihelden und der IL, die bei ihrer ersten Wahl den direkten Sprung in den AStA schafften, ist vor allem der RCDS ein Gewinner dieser Koalition. Hatte sich die Liste nach den Wahlergebnissen noch keine Hoffnung auf eine Beteiligung gemacht, besetzen nun drei Listenmitglieder\*innen vier Posten. Die Unabhängigen Demokraten und die Liberale Hochschulgruppe saßen seit 2015 in der StuPa-Opposition und steigen nun in die AStA-Arbeit ein. Die Opposition kritisierte die Besetzung der Referate auf der Sitzung: Fünf



Abstimmung im Studierendenparlament: Auf der vergangenen Sitzung wurden neue Referent\*innen für die Studierendenvertretung gewählt. (Foto: mac)

Frauen\* und 17 Männer\* sind künftig AStA-Referent\*innen.

## Koalition trotz vorherigem Ausschluss

Die Internationale Liste hatte während der Wahlen im November eine Koalition mit dem RCDS noch „komplett ausgeschlossen“ (aktuell berichtete.) Dennoch entstand ein Zusammenschluss. Trotz anfänglicher Vorurteile seien die Koalitionsgespräche sehr konstruktiv gewesen, so die neu-gewählte AStA-Vorsitzende Bendahou. Kompromisse seien eingegangen worden. Und weiter: „Es wird eine sehr gute Legislaturperiode“, so Bendahou, die auch Landesprecherin der Linksjugend Solid NRW ist.

Zu Beginn der Sitzung trat das bisherige IL-Mitglied Jules El-Khatib (Mitglied Landesvorstand Die LINKE NRW) aus der Fraktion aus und bleibt von nun an listenlos im Studierendenparlament. „Als Sozialist kann ich keinen AStA tragen, in dem konservative Kräfte vertreten sind“, so El-Khatib zu seinem Austritt.

Bendahou erhielt bei ihrer Befragung zur Kandidatur als AStA-Vorsitzende die meisten Fragen aus den Reihen der neuen linken Opposition. So wurde sie etwa gefragt, wie sie zu Studiengebühren stehe und antwortete: „Ich lehne Studiengebühren ab, wie jeder normale Mensch.“ Bei der StuPa-Sitzung im Dezember hatten sich LHG und RCDS bei einer Abstimmung nicht gegen die Gebühren ausgesprochen. Weitere Fragen drehten sich um Äußerungen von Koalitionspartner\*innen, die Koalitionsgespräche und die Weiterführung von AStA-Projekten wie der Wiedereröffnung des KKC. Insgesamt dauerte die durchaus kritische Befragung aller neuen Referent\*innen lange: Von 2 bis 8.30 Uhr wurde der neue AStA gewählt.

Die bisherige Studierendenvertretung hat sich derweil im Sozialen Netz verabschiedet: „Wir bedanken uns für das langjährige Vertrauen der Studierendenschaft“, schreibt der AStA auf Facebook. Und weiter: „Uns war immer wichtig, dass wir eine starke, progressive Studierendenschaft kämpferisch repräsentieren und zwar nicht nur in Duisburg und Essen, sondern auch darüber hinaus.“ Die Projekte und Finanzierungen der abgelösten Studierendenvertretung werden von den neuen Referent\*innen womöglich auf den Prüfstand gestellt werden.

## Projekte auf dem Prüfstand?

Ein paar dieser Kooperationen, etwa eine Initiative für die Anerkennung des Genozids in der Armenier\*innen, wurden auf der StuPa-Sitzung thematisiert. Ein Antrag, eine Veranstaltung diesbezüglich zu organisieren, bekam letztendlich 30 Ja-Stimmen. Sieben der Parlamentarier\*innen enthielten sich oder stimmten mit „Nein“. Auch ein Antrag auf Unterstützung einer Veranstaltung der kurdischen Studierendengruppe YKK erhielt auf der Sitzung 31 von 37 möglichen Ja-Stimmen. Ein Projekt-Antrag vom Bund der alevitischen Studierenden (BDAS) zur Förderung von Abiturient\*innen stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Er wurde nach langer Diskussion mit nur 20 „Ja“-Stimmen durchgewunken. Die autonomen Referate der Fachschaften, für Frauen\* sowie für Studierende mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen wurden zudem bestätigt.

Welche Pläne der AStA für die kommende Legislaturperiode genau hat, ist aber noch nicht bekannt. Bis zum Redaktionsschluss lag der Koalitionsvertrag der aktuell noch nicht vor. Aufschluss über kommende Projekte wird vor allem auch der Haushaltsentwurf der neuen Studierendenvertretung geben, der bis Anfang Februar ausgearbeitet sein muss. [mac]

# Hauptsache Abschottung



Vielfältige Geschlechtsmodelle sind weiterhin diskriminiert. Besonders Geflüchtete aus Tunesien mussten das am eigenen Leib erfahren. (Foto: lys)

**In den vergangenen Wochen lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Asylanträge von queeren Geflüchteten aus Tunesien ab. Das bedeutet für die Personen, dass sie zurück müssen – trotz der politisch prekären Lage für Menschen mit LGBT\*IQ-Hintergrund. Auch die Europäische Union arbeitet weiterhin daran, sich von Schutzsuchenden abzuschotten: Bestehende Gesetze sollen durch noch restriktivere ersetzt werden und weitere Deals mit autokratischen Staaten geschlossen.**

In den vergangenen Wochen gingen bei aus Tunesien geflüchteten Menschen, deren Hauptasylgrund die Verfolgung wegen ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität ist, Ablehnungsbescheide ein. Das Queer Refugees Network Leipzig, das die Geflüchteten betreute, ist ein neu gegründetes Projekt in Leipzig zur Unterstützung von Geflüchteten mit queerem Hintergrund. „Queer“ dient als Oberbegriff für Menschen, die sich in irgendeiner Form nicht mit dem binären, heterosexuellen Geschlechtermodell identifizieren. Entstanden ist das Netzwerk aus dem Missstand der Überbelastung von Sozialarbeitenden, die teilweise bis zu 300 Geflüchtete betreuen müssen. Dabei kommt individuelle Hilfestellung oft zu kurz und Geflüchtete wissen nicht genau, wie sie ihr Problem korrekt artikulieren müssen, damit ihre Asylanträge bewilligt werden.

Das Queer Refugees Network veröffentlichte am 16. Januar eine Pressemitteilung, in der auf die Ablehnungsbescheide, die aus einer angenommenen Unkenntnis des Bundesamtes über die Situation für queere Menschen in Tunesien resultieren, aufmerksam gemacht wurde. In der Pressemitteilung erklärt das Netzwerk, dass das BAMF die Ablehnungsbescheide damit begründe, dass die Menschen diskret mit der eigenen sexuellen Orientierung umgehen können, also die eigenen sexuellen Vorlieben niemals öffentlich und/oder gegenüber Familienangehörigen artikulieren.

Obwohl „Diskretion kein sicheres Mittel gegen Verfolgung darstellt“, erläutert das Netzwerk, das sich dabei auf ein Gerichtsurteil des Verfassungsgerichtshofes beruft.

Fälle von strafrechtlicher Verfolgung in Tunesien seien dem BAMF angeblich nicht bekannt – Amnesty International wies jedoch bereits im September 2015 auf die Verurteilung von sechs Menschen zu drei Jahren Haft durch tunesische Behörden wegen ihrer homosexuellen Orientierung hin. In Tunesien sei Homosexualität laut dem Netzwerk außerdem gesellschaftlich geächtet, LGBT\*IQ-Menschen seien mit Androhungen und Durchführungen von ärztlicher Folter (wie Analuntersuchungen) konfrontiert, ebenso wie mit physischer Gewalt durch die tunesische Polizei oder Familienangehörige. Das BAMF sage dazu, dass diese Art von gewaltvoller Diskriminierung auf ein Fehlverhalten von Einzelpersonen zurückzuführen sei und „sich nicht auf die gesamten Sicherheitsbehörden des tunesischen Staates übertragen [lasse]“.

## Geht's überhaupt richtig?

Die Geflüchteten müssen im Anerkennungsprozess mehrere nervenzerreißende Hürden überwinden. Für Menschen der LGBT\*IQ-Community häufen sich weitere Problematiken an. Falls sie es bis nach Deutschland geschafft haben, beginnen diese in den Unterkünften und enden oft nicht mit einem entlastenden Gerichtsurteil, das ihren Schutzstatus bestätigt. Queer-refugees.de, eine Internetplattform für Informationen rund um das Thema, schätzt die Prozentzahl der queeren Geflüchteten auf etwa fünf Prozent. Wenn die eigene Geschlechtsidentität weder männlich noch weiblich ist oder gerade ein Transformationsprozess angestoßen wurde, stellt sich die Frage, welche Wachschräume benutzt werden sollten. Hinzu kommt die Angst vor physischer oder verbaler Gewalt in den Unterkünften durch homo- und trans\*feindliche Mitmenschen oder das Security-Personal. Geflüchteten wird von queer-refugees.de geraten,

ein „Coming Out“ vorerst nicht vorzunehmen. Falls aber die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität relevant wird, wenn sich notgedrungen Dolmetscher\*innen offenbart werden muss, kann erneut Queerfeindlichkeit zu negativen Auswirkungen auf das Asylverfahren führen. Dasselbe gilt für jede Person, die am Asylprozess beteiligt ist: Sozialarbeiter\*innen, Richter\*innen oder etwa Anwält\*innen. Deswegen fordert queer-refugees.de die Bereitstellung von expliziten Ansprechpersonen in den Unterkünften, die der Schweigepflicht unterliegen oder zumindest mehrsprachige Plakate mit Rufnummern, damit sich die Geflüchteten in einem geschützten Rahmen äußern können.

Teils ist die eigene Geschlechtsidentität oder sexuelle Orientierung auch mit traumatischen Erlebnissen verbunden. Manche schaffen es bei der entscheidenden zweiten Anhörung nicht, diese darzulegen. Oft wird ihnen deswegen explizite Verfolgung abgesprochen. Außerdem sollten laut der Plattform Dolmetscher\*innen und Security-Personal auf homophobe und trans\*feindliche Äußerungen getestet werden, damit auch sie als Vertrauenspersonen oder zumindest vorurteilsfrei agieren können. Laut queer-refugees.de solle auch ausreichende Beleuchtung und eventuell Kameraüberwachung auf dem Weg zu den Sanitärbereichen garantiert sein so wie Notrufsysteme als Teil eines Gewaltschutzkonzepts installiert werden. Der Hauptmissstand für queere Geflüchtete sei ein gesellschaftliches Problem. Auch wenn in Deutschland die Auslegung der eigenen (Geschlechts-)Identität nicht strafrechtlich verfolgt wird, wie beispielsweise in Tunesien, sind am Asylverfahren viele Menschen beteiligt, die auf den Anerkennungsprozess negativ wirken können. Auch nach der Anerkennung haben queere Menschen teilweise Probleme am Arbeitsmarkt – dies trifft jedoch nicht bloß Geflüchtete.

## Es so schwer wie möglich machen – Dublin IV

Als wären queerfeindliche Entscheidungen nicht genug, will die Europäische Union mit der Dublin-Verordnung die Aufnahme von Geflüchteten weiter massiv einschränken. Bislang sah die noch geltende Dublin-III-Verordnung vor, dass Geflüchtete in dem europäischen Land ihren Asylantrag stellen müssen, das sie als erstes betreten haben. Doch auch in den europäischen Breitengraden gibt es viele Abstufungen, wie sicher ein Land für queere Geflüchtete ist. Die ILGA Europe Rainbow Map analysiert die rechtliche und humanitäre Situation für queere Menschen in Europa: Italien und Griechenland, die aufgrund der geographischen Lage an den EU-Außengrenzen hohe Zahlen an Geflüchteten verschreiben, können nur 25 Prozent der Kriterien (wie das der rechtlichen Lage, das Angebot an Beratungsstellen sowie die gesellschaftliche Stimmung bezüglich queeren Menschen) erfüllen.

Bisher gab es zumindest noch Handlungsspielräume, von Zwangsrückführungen abge-



sehen: EU-Mitgliedstaaten konnten bei humanitären Notlagen die Zuständigkeiten für Asylverfahren übernehmen und von Abschiebungen in Ersteinreisländer absehen. In einige Staaten, wie beispielsweise Ungarn, schickt die Bundesrepublik aufgrund des politischen Klimas gewöhnlicherweise keine Menschen zurück und verzichtet auf die Anwendung von Dublin III. Aber auch hier entscheidet der Einzelfall und diese Praxis könnte sich in Zukunft ändern.

### Handlungsspielräume sollen abgeschafft werden

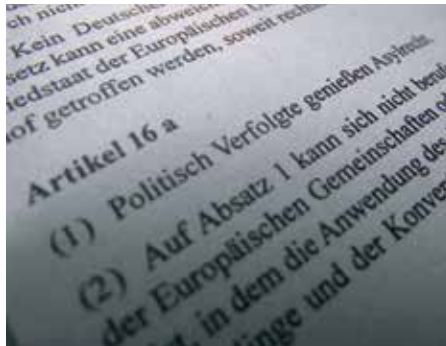
Bereits im Mai vergangenen Jahres hatte die Europäische Kommission einen Entwurf vorgelegt, der die Ermessensspielräume – also darüber, ob ein EU-Land in ein anderes abschiebt – einschränken soll. Der Vorschlag sieht zudem vor, Abschiebungen in die Ersteinreisländer zu vereinfachen. Während in der Dublin-III-Verordnung noch verbindliche Fristen dafür vorgesehen waren, will die EU diese nun abschaffen. Bislang musste der Mitgliedstaat auch Asylanträge von Geflüchteten bearbeiten, die über einen anderen Mitgliedstaat oder einen sogenannten „sicheren Drittstaat“ eingereist sind, wenn die Abschiebefrist von in der Regel sechs Monaten überschritten wurde. Zuständigkeitswechsel nach Fristablauf sollen in der Reform gestrichen werden.

Bisher hat das BAMF bei besonders schutzbedürftigen Geflüchteten die Möglichkeit, von einer Abschiebung abzusehen und das Asylverfahren in Deutschland durchzuführen. Einzig und allein bei bestehenden Familienbindungen soll auch künftig eine Ausnahme gemacht werden. Traumatisierten Geflüchteten sollen nach der geplanten Reform inhumane Bedingungen in den Ersteinreisländern aber zugemutet werden können. Auch unbegleitete minderjährige Geflüchtete sollen mit der Dublin-IV-Verordnung abgeschoben werden können. Humanitäre Handlungsspielräume sollen in der Reform gestrichen werden.

Damit Geflüchtete das rechtlich für sie zuständige Land nicht verlassen, sieht der Entwurf der Europäischen Kommission vor, Sanktionen zu erheben. Wenn sich Schutzsuchende der Einschränkung der Bewegungsfreiheit widersetzen, sollen soziale Leistungen gestrichen werden. Das Recht auf den freien Willen, und damit auch selbstgewählter Mobilität wird durch die Reform also noch weiter beschnitten. Nutznießer der Dublin-Verordnung sind seit Inkrafttreten Länder wie Deutschland, die keine EU-Außengrenze besitzen. Da sie eine Einreise für EU-Ausländer\*innen über den Luftweg nur mit Pass- und Visapapieren erlauben, schafft die Verordnung das Recht auf das Stellen eines Asylantrages, dem sich diese Länder zuvor auf der Genfer Flüchtlingskonvention eigentlich verpflichtet hatten, faktisch ab.

### Härtere Abschottungspraxis

Mit der geplanten Reform der Dublin-Verordnung soll die bereits jetzt praktizierte Abschiebepolitik intensiviert werden. Die Europäische Kommission



Individuelles Recht auf Asyl? Abgeschafft! (Foto: fro)

hält auch Zwangsausweisungen nach Griechenland wieder für denkbar. Seit 2011 durften Staaten keine Geflüchteten mehr in das ohnehin von der Wirtschaftskrise und der Austeritätspolitik gebeutelte Land abschieben. Wegen der Überforderung Griechenlands verbot der Europäische Gerichtshof Abschiebungen in das Mittelmeerland. Ab dem 15. März möchte das Bundesinnenministerium Geflüchtete wieder nach Griechenland abschieben – obwohl derzeit Zehntausende bei Minustemperaturen in dünnen, teilweise für den Winter untauglichen Zelten ausharren müssen. „Während tausende Schutzsuchende ungeschützt der klirrenden Kälte ausgesetzt sind und Kältetote befürchtet werden müssen, reden die politisch Verantwortlichen die Situation in Griechenland auf zynische Weise schön“, urteilt die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl in einer Pressemitteilung Anfang des Jahres.

Auch außerhalb ihrer Grenzen schmiedete die Europäische Union abschottungspolitische Allianzen, von denen das, trotz eingeschränkter Pressefreiheit und dem wieder aufflammenden Kurd\*innenkonflikt, abgeschlossene Abkommen mit der Türkei nur ein Beispiel ist. Wie das Politikmagazin *Monitor* recherchierte, plane die Europäische Union auf Vorschlag der Kommission Abkommen mit einigen ostafrikanischen Ländern, darunter Eritrea und der Sudan. Während in Eritrea eine brutale Militärdiktatur herrscht, wird der sudanesischer Präsident Umar al-Baschir vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen Völkermordvorwürfen gesucht. Besonders die europäische Einschätzung zu Eritrea verwundert: So haben eritreische Geflüchtete aufgrund der Bewertung der politischen Lage in dem afrikanischen Land durch die Bundesrepublik eine bislang von den Behörden attestierte „gute Bleibeperspektive“ in Deutschland.

Hinzu kommt die sich immer erweiternde Liste angeblich sicherer Herkunftsländer, wozu seit Ende vergangenen Jahres auch Afghanistan zählen soll (aktuell berichtete). Tunesien, Marokko und Algerien reihen sich in die Riege der angeblich sicheren Herkunftsländer ein. Die realpolitischen Handlungen der Europäischen Union und der Bundesrepublik zeigen deutlich: Es geht viel weniger um die Wahrung der Grund- und Menschenrechte, sondern um den Ausbau der europäischen Abschottungspolitik. [fro/lys]

## Beteiligen!

### Kommunale Handlungsspielräume



Nachdem die Mieten in Bochum jahrelang kaum gestiegen sind und günstige Wohnungen keine Mangelware waren, tritt nun eine Kehrtwende ein. Besonders für ärmere Mieter\*innen ist es nun schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Besonders, wenn sich die Kommune weigert, sozialen Wohnungsbau zu finanzieren. Auf der Veranstaltung wird diskutiert, mit welchen Maßnahmen man dagegen angehen könnte.

↗ **Donnerstag, 26 Januar, 19 bis 22 Uhr, Neuland – Bar.Bistro.Stadtzimmer, Rottstraße 15, Bochum**

## Mehr beteiligen!

### Demo gegen AfD-Parteitag

Die AfD möchte ihren Bundesparteitag in der Luise-Abertz-Halle in Oberhausen abhalten, um ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl in NRW zu verabschieden. Zwar hat sich der Stadtrat mehrheitlich gegen eine Vermietung der Räumlichkeiten an die Partei ausgesprochen, die Rechten überprüfen aber noch rechtliche Schritte. Verschiedene antifaschistische Initiativen wollen der AfD vor Ort Paroli bieten.

↗ **Sonntag, 29. Januar, 12 Uhr, Oberhausen Hauptbahnhof**

## Ballern!

### Fiesta de Salsa

Lasst das Tanzbein schwingen und die Hüften Kriesen. Ob Merengue, Cumbia oder Bachata – DJ Carlos heizt euch mit jeder Menge lateinamerikanischer Musik ein und sorgt für Karibik-Feeeling. Egal, ob Anfänger\*innen oder Profi: Hier kann sich jede\*r austoben.

↗ **Freitag, 27. Januar, ab 22.30 Uhr, Katakomben-Theater, Essen, Giradetstr. 2, Eintritt 4 Euro**

# Nicht weniger als eine Revolution

Ein Freiheitskampf in der Sorgearbeit, aber was genau ist eigentlich Sorgearbeit? Die Care Revolution ist ein bundesweit agierendes Netzwerk. Auf der Homepage heißt es, dass dort vor allem Menschen tätig sind, die in der „sozialen Reproduktion – Hausarbeit, Gesundheit, Pflege, Assistenz, Erziehung, Bildung, Wohnen und Sexarbeit – aktiv sind“. Die Autorin und Professorin Gabriele Winker hat sich in ihrem Buch *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft* dem Thema gewidmet und beschreibt darin ausführlich, worum es geht. In den Räumen der Düsseldorfer Hochschule gründete sich am Freitagabend, 20. Januar, das Netzwerk Rhein-Ruhr der Care Revolution. aktuell-Redakteur Robin Dullinger sprach mit den Initiatorinnen Janette E. und Marlene C. über persönliche Stresssituationen, Bewusstseinsveränderungen, gesellschaftliche Verhältnisse, Revolution und die Hintergründe der Netzwerkgründung.

**aktuell:** Was habt ihr euch vor eurer Auseinandersetzung unter Sorgearbeit vorgestellt und hat sich euer Bewusstsein dazu verändert?

**Janette:** Sorgearbeit war für mich eher das Berufliche, zum Beispiel Pflegeberufe. Als ich dann das Buch gelesen habe, ist mir aufgefallen, dass es halt eigentlich alles betrifft, bis tief ins Private hinein.

**Marlene:** Ja, das war für mich auch so eine sehr prägnante Aussage aus dem Buch. Auch wenn es total banal klingt, aber jede\*r hat Sorgearbeit zu erledigen. Es nimmt einfach unseren kompletten Alltag ein und das wird überhaupt nicht beachtet.

**Janette:** Zudem wird Sorgearbeit beruflich nicht entsprechend wertgeschätzt und im Privaten oft gar nicht als Arbeit wahrgenommen.

**aktuell:** Wie nehmt ihr Sorgearbeit in eurem eigenen Leben wahr, auch gerade nachdem ihr mehr Bewusstsein dafür entwickelt habt?

**Janette:** Bei mir ist das noch nicht so intensiv, weil ich noch studiere und der Job in meinem Leben nicht so verankert ist. Ich sehe das Problem aber vor allem bei meiner Familie. Nachdem ich das Buch gelesen habe, war ich auch total ergriffen, weil ich Panik davor habe, dass es mir bald ähnlich gehen wird, dass ich total überfordert damit sein könnte, weil ich so viel anderen Kram zu tun habe. Gerade wenn man Kinder bekommt, man muss sich ja ständig um die kümmern, dann hast du vielleicht noch einen Partner, der beruflich sehr eingespannt ist, vielleicht auch besser



Mit Herz für eine solidarische Gesellschaft in der Sorgearbeit. (Foto: Care Revolution Netzwerk Rhein/Ruhr)

verdient, das muss alles geregelt werden.

**aktuell:** Das derzeitige Gesellschaftsmodell basiert auf einem homogenen Familienkonzept. Habt ihr selbst schon Erfahrungen damit gemacht, wie es ist in einer Partner\*innenschaft zu leben?

**Marlene:** Ich finde generell schon, dass das Thema präsent ist. Vor allem denke ich in meiner Situation aber an meine Selbstsorge. Die kommt auch im Buch vor und das finde ich total wichtig. Dahingehend hat sich mein Bewusstsein auch verändert. Dazu habe ich noch einen Freund und das ist natürlich auch Beziehungspflege. Trotzdem habe ich noch keine Familie und damit auch noch mehr Zeit für mich. Ich bin mir jedenfalls bewusst, dass das bald noch ein größeres Thema werden wird und der Druck ist schon sehr hoch, da nicht so rein zu fallen.

**Janette:** Für mich ist das wegen meiner Familie total präsent. Das ist ein ganz großes Thema.

**aktuell:** Sorgearbeit an sich?

**Janette:** Dass man keine Zeit hat, Job und Sorgearbeit kaum miteinander vereinbaren kann.

**aktuell:** Die Begründung ist aber nicht, dass man so viel Sorgearbeit hat, in der Form wie das Frau Winker kritisiert, sondern eher, dass es als selbstverständlich wahrgenommen wird?

**Janette:** Ja, dass das eben auf den Familien ausgebaut wird. Meine Familie lebt getrennt, eine Hälfte Mutter, eine Hälfte Vater. Es ist bei beiden präsent, egal ob Mann oder Frau. Bei meinem Papa sehe ich das oft. Letztens erst

hatte ich ein Gespräch mit ihm, da hat er schon gesagt, er arbeitet fest in einem Betrieb und er kann dort nicht kürzer treten, er muss Vollzeit arbeiten. Er ist Ingenieur in Mecklenburg und da gibt es eben nicht so viel Auswahl, dass er schnell wechseln könnte und der kann das total schlecht miteinander vereinbaren.

**aktuell:** Also einerseits Familie und andererseits Lohnarbeit?

**Janette:** Genau, er hat kaum Zeit, ist nur am Ackern, dann kommt er nach Hause und macht die Wohnung sauber, er kümmert sich auch um die Kinder, ist verheiratet, aber macht selbst sehr viel im Haushalt. Es stimmt natürlich, dass das meistens Frauen machen, aber es machen nicht nur Frauen.

**aktuell:** Das entspricht nicht dem klassischen Familienbild. Scheinbar hat sich gesellschaftlich etwas verändert...

**Janette:** ...und trotzdem ist es nicht miteinander vereinbar. Bei meiner Mama ist es genauso Thema. Ich bin so aufgewachsen: Meine Mama hat bis 21 Uhr gearbeitet und ihr Mann auch, ich war dann bis 21.30 Uhr alleine zu Hause. Das war normal und war nicht nur für mich belastend, sondern auch für meine Mutter. Wir hatten mehrmals Gespräche, dass meine Mutter Schuldgefühle hatte, weil sie gerne mehr Zeit gehabt hätte. Ich hoffe, dass ich da nicht rein rutsche.

**aktuell:** Habt ihr euren Eltern schon mal von der Care Revolution erzählt?

**Janette:** Ja, meiner Mama. Die fand das ziemlich gut. Ich habe aber auch mit meinem Papa darüber gesprochen. Ich hatte aber den Eindruck, er findet das unrealistisch, das umzusetzen. Sie haben aber erkannt, dass das ein Thema ist, dass sie betrifft.

**aktuell:** Warum hattest du den Eindruck, dass er es unrealistisch findet?

**Janette:** Vielleicht weil das System so eingerichtet ist, man müsste das System ändern und das ist schwierig. Für viele ist das noch zu abstrakt.

**aktuell:** Arbeitet die Care Revolution nicht genau darauf hin?

**Janette:** Genau, in kleinen Schritten. Das hat Gabriele Winker auch gesagt. Nach und nach Dinge einfördern und eine Veränderung erzwingen. Das hat mir auch Mut gemacht, dass sie das gesagt hat. Wichtig ist auch, dass wenn man was ändern will, sich organisieren muss. Inwiefern das dann klappt, das lasse ich auf mich zu kommen. Ich mache da nicht so viele Pläne.

Das gesamte Interview könnt ihr online unter [www.aktuell.de](http://www.aktuell.de) nachlesen.



# Theater zwischen Licht und Schatten



Darstellende vom Theater an der Ruhr während einer Vorstellung von Kafkas Klassiker „Die Verwandlung“. (Foto: A. Köhring)

**Bereits seit 2014 können Studierende der Universität Duisburg-Essen vergünstigt Aufführungen des Theaters an der Ruhr in Mülheim besuchen. Jedes Jahr aufs Neue wird außerdem zur aktiven Beteiligung aufgerufen. Theater von jungen Menschen für junge Menschen. Im Mai steht das neue Projekt des Jungen Theaters auf dem Plan: „Roberto Zucco“ von Bernhard Marie Koltès. In Essen hängt eine ähnliche Kooperation in der Schwebe.**

Als Student\*in ist oft wenig Geld da, um sich regelmäßig und intensiv kulturellen Veranstaltungen wie Konzert-, Kino- oder Theaterbesuchen zu widmen. Trotz gelegentlichen Vergünstigungen, die mit Vorzeigen des Studierendenausweises an vielen Stellen einhergehen, bleibt ein uneingeschränkter Kulturgenuss vor allem eins: teuer. An der Universität Duisburg-Essen gibt es daher seit 2014 eine Kooperation mit dem Theater an der Ruhr in Mülheim. Zwar nicht komplett umsonst, aber immerhin für nur fünf Euro können Studierende Aufführungen, Ausstellungen und Installationen des Theaters besuchen. „Studierende können sich dafür ein kostenloses Kulturticket im Theater selbst oder beim AStA besorgen“, erklärt Felix Markgraf, ehemaliger AStA-Referent für Kultur und Sport und Mitglied der Linken Liste, das Prinzip der Kooperation. Bezahlt werden die Kulturtickets vom Theater an der Ruhr. Die Zusammenarbeit wurde von den Theaterpädagog\*innen Bernhard Deutsch und Esther Merkelt ins Leben gerufen und in Zusammenarbeit mit Mandy Kubale (Linke Liste) realisiert.

## Vergünstigtes Theater auch in Essen?

Doch es geht sogar noch besser: An vielen deutschen Hochschulen, so beispielsweise auch an der Ruhr-Universität Bochum oder

der Bergischen Universität Wuppertal, gibt es bereits seit einigen Jahren für Studierende die Möglichkeit, komplett umsonst ins Theater zu gehen. Mit der sogenannten Theater- oder Bühnenflatrate können Studierende so oft sie wollen Theateraufführungen besuchen, ohne dafür direkt zahlen zu müssen – der Betrag wird über den Semesterbeitrag mit abgerechnet. Auch an der Uni Duisburg-Essen war ein ähnliches Konzept bereits angedacht worden. „Im letzten Sommersemester wurde ein Kontakt zwischen Theater und Philharmonie (TUP) in Essen hergestellt und es bestand das gemeinsame Interesse eine Kooperation aufzubauen“, erklärt Markgraf. Die Idee war, ebenso wie in Bochum und in Wuppertal, eine Theater-Flatrate einzufügen, die den Studierenden kostenlosen Eintritt für die Aufführungen der TUP garantieren sollte. Im Semesterbeitrag wäre das mit 1,50 Euro pro Semester deutlich geworden. In diesem Jahr hätte die Bühnen-Flatrate an den Start gehen sollen: „Es war angedacht die Kooperation über zwei Semester hinweg zu erforschen, sodass, nach einer Evaluierung, eine Urabstimmung an unserer Universität durchgeführt worden wäre.“, erläutert der ehemalige Kulturreferent Markgraf. Durch die neue Zusammensetzung des AStAs sei es nun jedoch unklar, ob und wie dieser Plan weiter verfolgt werde. Derzeit liegt das Projekt wohl erstmal auf Eis, meint auch Markgraf: „Da sich ein neuer AStA konstituiert hat, welcher sich komplett neu einarbeiten und orientieren muss, halte ich es leider für eher unwahrscheinlich, dass die Kooperation so anlaufen wird.“

## Vielschichtiger, düsterer Stoff

Am Jungen Theater des Theaters an der Ruhr hingegen gilt weiterhin: Günstiges Theater für Studierende und teilweise sogar von Studierenden. Denn das Junge Theater sucht jedes Jahr aufs Neue Jugendliche und Erwachsene zwischen 13 und 23 Jahren, die theaterbegeistert sind und an der Verwirklichung eines Stückes teilhaben wollen. 2017 soll „Roberto Zucco“ des französischen Autors und Dichters Bernhard Marie Koltès aufgeführt werden. Nachdem die Mitwirkenden in

verschiedene Stücke reingelesen hatten, fiel die Entscheidung: „Es war das Stück, das den meisten in der Theatergruppe zugesagt hat“, so Markgraf. „Roberto Zucco“ basiert auf dem Leben des gleichnamigen italienischen Serienmörders, der zwischen 1981 und 1988 für Angst und Schrecken sorgte. Nachdem er 1988 verhaftet werden konnte und einen gescheiterten Fluchtversuch unternahm, beging er kurze Zeit später in seiner Gefängniszelle Suizid. Unmittelbar danach machte sich Koltès bereits an die künstlerische Verarbeitung des Lebens des Schwerverbrechers. Im Jahr 1990 wurde es von der Berliner Schaubühne uraufgeführt. Es ist düsterer, abgründiger Stoff, der da behandelt wird, und trotzdem allerlei Vielschichtigkeit bietet. „Wir verstehen die Handlung des Theaterstückes so, dass die Figuren des Stückes auf verschiedene Arten und Weisen auf der Suche nach ihrer eigenen Freiheit sind und sich deshalb auf dieser Suche immer unfreier fühlen“, ordnet Markgraf das Theaterstück ein: „Es ist ein Theaterstück, das zwischen Licht und Dunkelheit wechselt.“

## Schauspieler\*innen gesucht!

Mitmachen bei der Inszenierung von „Roberto Zucco“ können grundsätzlich alle, die Begeisterung für Theater mitbringen. Schauspielereise Vorerfahrung wird nicht erwartet. „Das wichtigste Kriterium ist Zeit“, sagt Markgraf, „Unsere Proben sind intensiv und finden immer mittwochabends und samstags halbtags statt.“ Außerdem soll es im Mai Intensivproben geben, da das Stück bereits Ende Mai aufgeführt werden soll. Danach soll bis Anfang Juli durch verschiedene Ortschaften getourt werden. Bis dahin hofft Markgraf, dass sich noch weitere Mitwirkende für das Stück begeistern können: „Derzeit ist das Junge Theater an der Ruhr in der Verdichtungsphase des Stückes und wir suchen noch Leute, die in die Gruppe einsteigen wollen.“ Neben der Schauspielerei können Interessierte aber auch Aufgaben wie Licht und Technik übernehmen. Es gibt also genügend Spielraum, um sich kreativ auszuleben und das Junge Theater selbst aktiv mitzugestalten. [rat]

Am Samstag, 28. Januar, um 11 Uhr beginnen die letzten offenen Proben. Geprobt wird in der Ruhrorter Straße 108-110 in Mülheim. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Es kann einfach mitgemacht und es muss auch nichts unterschrieben werden. Die Altersgrenze liegt bei 23 Jahren.

# Best of gemäßigte AfD



Ob es gemäßigte AfD-Mitglieder gibt, darüber lässt sich streiten. Björn Höcke jedenfalls ist alles andere als gemäßigt. (Foto: rod)

**Björn Höcke hat wieder zugeschlagen. Er sagte kürzlich in Dresden in Bezug auf das Holocaust-Denkmal: „Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von uns Patrioten, die sich hier versammelt haben – also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ Wegen der zunehmend radikaleren Äußerungen gelten Funktionär\*innen der AfD mittlerweile als gemäßigt, wenn sie sich von Höckes Äußerungen distanzieren. Wir blicken genauer auf diese ach so moderaten Töne.**

Wenn es eine AfD-Politikerin gibt, die vordergründig kein rechtes Schmuddelimage hat, dann ist es Alice Weidel. Immer im Anzug ist die Unternehmensberaterin und baden-württembergische Landtagsabgeordnete ein gern gesehener Gast in sämtlichen Talkshows. Zur Causa Höcke sagte sie: „Solche unsäglichen, rückwärtsgewandten Debatten sind überflüssig und kontraproduktiv. Herrn Höckes Alleingänge schaden der Akzeptanz der Partei bei den Bürgern.“ Keine Distanzierung vom Inhalt – aber ein strategischer Rüttel.

## „Verengte Erinnerungskultur aufbrechen“

Denn Weidel kann selbst auch richtig auf die Pauke hauen. Das Bundesvorstandsmitglied beschwört in einem Gastartikel in der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, einem Presseorgan der Neuen Rechten, auch gerne mal die „Islamisierung unserer Gesellschaft“ und die „Religions- und Geschlechterapartheit“ (Rechtschreibfehler im Original). Die Überlingerin ist seit Gründung der Partei dabei. Im vergangenen Jahr arbeitete sie noch am Grundsatzprogramm der

AfD mit und das fordert auf Seite 48: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen.“

Der als gemäßigt geltende Bundessprecher Jörg Meuthen sah schon im Entwurf dieser Passage „wirklich nichts Verwerfliches“, es sei das Ziel zu einer „differenzierteren und umfassenderen Betrachtung unserer eigenen Geschichte“ zu gelangen, „die ihre großen Leistungen aus anderen Zeiten ebenso beleuchtet wie ihre unvorstellbar grauenhaften Taten in Zeiten des Nationalsozialismus“.

Obwohl sich Meuthen nah an Höckes Revisionismus bewegt, gilt es im medialen Diskurs schon als parteiinterner Tadel, dass Meuthen die Aussagen von Höcke kritisch sehe. Wie nah sich die beiden inhaltlich stehen, zeigt auch Höckes Stellungnahme nach seinen Äußerungen: „Sie (Anm. d. Redaktion: die Schuld) ist ein Teil unserer Geschichte. Aber sie ist eben nur ein Teil unserer Geschichte“ und weiter: „Uns zeichnet aber auch etwas anderes aus: Wir haben den Buchdruck erfunden, Martin Luther stieß die Reformation an. Wir sind das Land der Philosophen, Dichter, Komponisten und Erfinder. Dieser großartige kulturelle Schatz gerät uns zuweilen aus dem Blick.“ Dass schon Adolf Hitler Martin Luther wegen seines Antisemitismus verehrte, dürfte auch der Geschichtslehrer Björn Höcke wissen.

## Völkisch-nationaler Vormarsch

Auch Marcus Pretzell, Spitzenkandidat der AfD für die Landtagswahl in NRW, distanzierte sich eiligst von der Dresdner Rede. Er sagte zu Höcke: „Zum wiederholten Male rührt er dabei mit größter Ignoranz an einer 12-jährigen Geschichtsepochen, deren Revision wahrlich nicht die Aufgabe der AfD ist.“ Auch hier findet sich wieder eine Betonung auf die zeitliche Dimension. Implizit lässt sich daraus auch schließen, die Revision dieser obliege überhaupt jemandem. Für eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus setzt sich Pretzell damit aber auch nicht ein.

Solche Aussagen sind kein Zufall. Wenn auch nicht so donnernd wie der thüringische Landesvorsitzende sondern subtiler – beherrscht auch Pretzell die völkischen Töne im nationalen Blasorchester. Zur Asylpolitik sagte er im Oktober 2016: Deutschland würde durch die Aufnahme von Geflüchteten „höchstens irakische und syrische Probleme nach Deutschland importieren“. [rod/mac]

## HIRNAKROBATIK

2		7		4		
5	6	7		1	2	
		1		2	8	
7		3	6	4		
			8			
	9	1	4		6	
	6	4		9		
	4	6		1	8	2
7			5		4	

## WOHNHEIMGESCHICHTEN



## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

**Projektkoordination:** Katharina Herbrich

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat), Lea Sleiman (lys), Sarah Dannehl (caro), Daniel Veutgen (dav)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@akduell.de

**Web:** www.akduell.de